



Presseschau vom 07.08.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: „Sehe keinen politischen Willen“ bei Uno: Carla del Ponte verlässt Syrien-Kommission

Carla del Ponte, Mitglied der UN-Untersuchungskommission für Syrien, verlässt eigenen Angaben nach ihren Posten, weil die fehlende politische Unterstützung seitens des Sicherheitsrates diese Arbeit „unmöglich“ macht.

„Ich verlasse diese Kommission, da ich keinen politischen Willen sehe. Ich habe keine Einflussmöglichkeiten, wenn der Sicherheitsrat nichts tut. Wir sind machtlos. Für Syrien gibt es keine Gerechtigkeit“, sagte Del Ponte.

Nach Angaben von Reuters teilte die ehemalige Schweizer Chefanklägerin des Haager Uno-Tribunals am Sonntag in einer Podiumsdiskussion in Locarno mit, sie habe einen entsprechenden Brief bereits vorbereitet.

Wie die Agentur ferner berichtet, strebte del Ponte in ihrem Posten danach, unabhängig zu sein, und gab manchmal sogar „strittige Erklärungen“ ab.

Beispielsweise soll sie im Mai 2013 erklärt haben, dass die Uno „starken Verdacht“ gegenüber den syrischen Oppositionellen habe, dass diese Sarin eingesetzt haben sollen. In den meisten Fällen soll Del Ponte jedoch Präsident Baschar al-Assad für Verbrechen verantwortlich gemacht haben.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31655/87/316558719.jpg>

de.sputniknews.com: Energieamt warnt: „Ukraine wird für Gastransit nach Europa nicht bereit sein“

Die Beschränkung der Investitionen in das ukrainische Gastransitsystem führt dazu, dass es zu Gaslieferungen nach Europa technisch nicht bereit sein wird, meint der ukrainische Energieminister Igor Nassalik.

„Ich finde die Politik von Naftogas in Bezug auf das Transportsystem unsinnig. Sie haben sich selbst einen Strich dadurch gemacht und schauen nicht auf das Jahr 2019“, so der Minister. Er unterstützte in einem Interview mit dem ukrainischen „Ersten Sender“ die Vorwürfe des ukrainischen Gasnetzbetreiber Ukrtransgaz gegenüber dem Energiekonzern Naftogas, der sich angeblich nicht für Investitionen in das Gastransitsystem der Ukraine interessiert, weil Russland Pipelines unter Umgehung der Ukraine baue, was Risiken in sich birgt. Laut Nassalik kann die Kürzung von Investitionen katastrophale Folgen für das Land haben und die Vorbereitung auf den Winter verhindern.

„Mit dieser Position von Naftogas könnte es dazu kommen, dass Ukrtransgaz technisch nicht dazu bereit sein wird, Gas zu pumpen“, betonte der Minister.

Die neuen Sanktionen gegen Russland

Zuvor hatten Medien berichtet, dass der russische Exporteur Gazprom nach dem Wegfall der Nutzungsbeschränkungen für die Pipeline-Anbindungsleitung (OPAL) den Gastransit durch die deutsche Leitung aufgestockt hatte. Zugleich pumpt der russische Staatskonzern weniger Erdgas durch die Ukraine und die Slowakei.

[Ukrinform.ua: Naftogaz importiert Erdgas über seine schweizerische Tochterfirma](#)

[Der ukrainische Energiekonzern Naftogaz hat im Juli begonnen, Erdgas über seine schweizerische Tochterfirma Naftogaz Trading Europe S. A. zu importieren.](#)

[Das berichtet OilNews unter Berufung auf die Consulting Gruppe „A-95.“](#)

[Mitte Juli bekam Naftogaz von Trading Europe S. A. etwa 7 Millionen Kubikmeter Gas.](#)

[Im Juli kaufte Naftogaz nach einer dreimonatigen Pause erneut Gas bei Shell Energy Europe Limited \(Großbritannien\). Im Juli nahm der Konzern auch Gaskäufe bei Eni Trading & Shipping \(Italien\) wieder auf.](#)

[2017 will Naftogaz über Naftogaz Trading Europe S. A. etwa 1,7 Milliarden Kubikmeter Gas importieren, was rund 20 Prozent des geplanten Jahresimports ausmacht. Das Unternehmen](#)

will gemäß seiner Strategie alle Gaskäufe über Naftogaz Trading Europe S. A. tätigen, ausgenommen Gaskäufe auf Kredite von internationalen Finanzorganisationen (EBRD, Weltbank). Mitte Juni billigte der Aufsichtsrat des Konzerns Naftogaz einen Rahmenvertrag über Gaslieferungen von Naftogaz Trading Europe im Wert bis 148,8 Milliarden Kubikmeter. Wie OilNews unter Berufung auf Naftogaz-Chef Anrdij Kobolew zuvor berichtete, gehört zu den wichtigsten Aufgaben von Naftogaz Trading Europe S. A. die Aufnahme von Krediten bei westlichen Banken mit Erdgas in den ukrainischen Gasspeichern als Kreditsicherung. Naftogaz Trading Europe S. A. ist die 100-prozentige Tochter von Naftogaz mit Sitz in Genf.

Vormittags:

de.sputniknews.com: Nach Diplomaten-Ausweisung: Tillerson verrät, wann USA antworten werden

US-Außenminister Rex Tillerson hat mitgeteilt, wann Washington auf die Reduzierung der amerikanischen diplomatischen Mission in Russland „antworten“ werde. Dies berichtet AP. Der Agentur zufolge werden die USA bis zum 1. September Maßnahmen treffen. Tillerson habe darüber seinen russischen Amtskollegen Sergej Lawrow während ihres Treffens am Samstag im philippinischen Manila informiert.

Dabei hätten die USA „noch nicht beschlossen, wie sie reagieren werden“. Unter anderem habe Tillerson „mehrere klärende Fragen“ in diesem Zusammenhang gestellt.

Lawrow und Tillerson trafen sich am 6. August am Rande des ASEAN-Gipfels in der philippinischen Hauptstadt. Nach den Verhandlungen teilte der russische Diplomat vor Journalisten mit, er hätte das Gefühl, dass die amerikanischen Kollegen zur weiteren Zusammenarbeit bereit seien. Außerdem habe Lawrow nach eigenen Angaben Tillerson die Details der Entscheidungen erläutert, die in Reaktion auf die neuen antirussischen Sanktionen getroffen wurden.

US-Präsident Donald Trump hatte am Mittwoch nach langem Zögern ein vom Kongress geschürtes Sanktionspaket gegen Russland, den Iran und Nordkorea unterzeichnet. Der US-Präsident selbst steht den neuen Strafmaßnahmen kritisch gegenüber und warnt sogar vor einem Schaden für Amerikas Wirtschaft und seine Verbündeten. Er legte jedoch kein Veto ein, weil es im Kongress genug Stimmen gab, um das Veto zu blockieren.

Weil die neuen Sanktionen auch europäische Unternehmen und die Energieversorgung in Europa gefährden, stoßen sie in der EU auf Widerstand. Die EU-Kommission hat den USA mit Vergeltungsmaßnahmen gedroht.

Das Sanktionsgesetz erweitert die Strafmaßnahmen gegen russische Banken und richtet sich zudem gegen alle neuen Projekte, an denen russische Unternehmen mehr als 33 Prozent der Anteile besitzen. In dem Gesetz wird gesondert hervorgehoben, dass die USA auch weiter den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 verhindern werden.

Zuvor hatte der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, dass insgesamt 755 Mitarbeiter der diplomatischen Missionen der USA Russland verlassen müssen. Damit sinkt deren Zahl auf 455 – das entspricht der Zahl der russischen Diplomaten in den Vereinigten Staaten. Wie Putin weiter betonte, haben die USA einen durch nichts provozierten Schritt zur Verschlechterung der Beziehungen zu Moskau unternommen. Zugleich sagte der Präsident, er unterstütze keine Einschränkungen der Zusammenarbeit, die für die USA „spürbar“ wären. Die Ausweisung der US-Diplomaten war eine Reaktion Russlands auf die jüngst vom US-Senat beschlossenen Sanktionen.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **viermal die Positionen**

der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete der Ortschaften **Prischib, Shelobok, Frunse, Kalinowo**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, verschiedenen Arten von Granatwerfern, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen. Zerstörungen von Gebäuden und Verletzte unter der Zivilbevölkerung und den Soldaten gibt es nicht.

de.sputniknews.com: Vizepremier nennt Frist für Aufhebung der Präferenzen für ausländische Flugzeugbauer

Russland kann bereits ab 2019 mit der Aufhebung der Vergünstigungen für ausländische Flugzeugbauer beginnen, um die eigenen Hersteller zu schützen und Boeing und Airbus allmählich vom russischen Markt zu verdrängen. Dies erklärte Vizepremier Dmitri Rogosin in der Sonntagabendsendung mit Wladimir Solowjow des TV-Senders „Rossija 1“.

„Heute bauen wir bereits 30 Flugzeuge im Jahr, das ist um das 25-Fache weniger als bei den Herstellern Airbus und Boeing. Aber bereits zum Jahr 2025 werden wir unter Berücksichtigung unserer Pläne bereits 110 Flugzeuge im Jahr bauen. Mit dem Auftauchen unserer neuen Flugzeuge werden wir jene Vergünstigungen aufheben, die jetzt ausländischen Flugzeugproduzenten gewährt werden, und dies bereits ab 2019“, erklärte der Vizepremier. Er verwies zudem darauf, dass Russland jetzt viel Geld für den Kauf und das Leasing von ausländischen Flugzeugen ausbebe. Somit verliere das Land Mittel, die es durch Steuerzahlungen ausländischer Flugzeugbauer erhalten könnte.

„Seit 2013 bis in die Gegenwart haben wir im Ausland 367 ausländische Flugzeuge gekauft – bei Boeing und Airbus. Mehr noch, da unsere Industrie keine Passagierflugzeuge baute, haben wir, um die nationalen Unternehmen zu unterstützen, die ausländischen Hersteller von der Zahlung der Mehrwertsteuer und der Zollgebühren befreit ... Somit haben wir, uns voll in der Abhängigkeit von ausländischen Flugzeugbauern befindend, im Ausland 470 Milliarden Rubel ausgegeben und gezahlt“, bemerkte Rogosin.

Wie er sagte, kann es nicht so weitergehen. Denn das sei „einfach eine Beleidigung für die Nation, eine Beleidigung für eine Luftfahrtmacht“. Das könne nicht geduldet werden. Und gerade deshalb seien Entscheidungen getroffen worden. „Der Präsident hat aus seiner persönlichen Reserve auf unseren Antrag hin Mittel für die Entwicklung neuer Flugzeuge bereitgestellt“, betonte Rogosin.

Am Sonntag hatte Vizepremier Rogosin in einer Sitzung des Luftfahrt-Kollegiums die russischen Fluggesellschaften aufgefordert, allmählich auf den Einsatz von Flugzeugen ausländischer Hersteller zu verzichten. Es sei die Notwendigkeit herangereift, „einen Maßnahmenkomplex zur Einstellung der entstandenen Praxis zu beschließen, die russischen Fluggesellschaften hauptsächlich mit ausländischen Flugzeugen auszurüsten, und diese durch Neuentwicklungen der einheimischen Flugzeugbauindustrie zu ersetzen“, erklärte der Vizepremier am Sonntag in dieser Sitzung.

Armiyadnr.su: Operativer Bericht der Streitkräfte der DVR

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **74 Mal** das Regime der Feuereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **28 Ortschaften der Republik** mit Artillerie, Mörsern, Schützenpanzern, Schützenpanzerwagen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen...

Zusätzliche Informationen werden noch ermittelt

de.sputniknews.com: Unter dieser Bedingung will Polen US-Gas importieren

Warschau wird den Import von Flüssigerdgas (LNG) aus den USA beginnen, wenn der Preis dafür auf ein konkurrenzfähiges Niveau gesenkt wird. Dies teilte Polens Außenminister

Witold Waszczykowski im Interview mit der Agentur RIA Novosti mit. Zurzeit sei der Preis wesentlich höher als für russisches oder katarisches Gas.

„Wir werden, wir wollen, wir haben die Absicht, Gas aus den Vereinigten Staaten zu importieren, aber unter der Bedingung, dass der Preis im Vergleich zum Preis für Gas anderer Lieferanten wie Katar oder Russland konkurrenzfähig sein wird. Bislang ist das Gas aus den USA wesentlich teurer. Aber wenn sie einen Vertrag anbieten, der dem Gasimport aus Katar und anderen Regionen Konkurrenz machen würde, können wir dies in Erwägung ziehen“, so Waszczykowski.

US-Präsident Donald Trump hatte nach langem Zögern am Mittwoch ein vom Kongress verabschiedetes Sanktionspaket gegen Russland unterzeichnet...

de.sputniknews.com: Lawrow ruft zu Vermeidung von Gewalteinsatz auf Korea-Halbinsel auf
Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat dazu aufgerufen, keine Entwicklung der Lage auf der Korea-Halbinsel unter Gewalteinsatz zuzulassen. Dies sagte der Diplomat beim Treffen mit seinem nordkoreanischen Amtskollegen Ri Yong-ho am Rande des ASEAN-Gipfels im philippinischen Manila, teilte das russische Außenamt mit.

Demnach sollen die beiden Seiten einen Meinungs austausch zur aktuellen Lage auf der Korea-Halbinsel durchgeführt haben, und zwar in Bezug auf die Gewährleistung der Sicherheit im Nordosten Asiens.

„Lawrow hat alle beteiligten Seiten dazu aufgerufen, maximale Zurückhaltung zu zeigen, um die Umsetzung negativer Machtszenarien auf der Korea-Halbinsel zu vermeiden, sowie den Prozess der politisch-diplomatischen Regelung sofort einzuleiten, und zwar durch eine komplexe Lösung der Probleme auf der Halbinsel, darunter auch die Denuklearisierung“, so das russische Außenministerium in einer Erklärung am Montag.

Zuvor hatte der nordkoreanische Außenminister bei einem Treffen mit seiner südkoreanischen Amtskollegin Kang Kyung Wha in Manila den Vorschlag Seouls zum Aufbau der bilateralen Beziehungen abgelehnt.

„Der südkoreanischen Seite mangelt es an Aufrichtigkeit.“ So kommentierte der nordkoreanische Minister den Aufruf der südkoreanischen Amtskollegin, die Initiativen des südkoreanischen Präsidenten Moon Jae-in positiv zu beantworten.

de.sputniknews.com: Weißes Haus kommentiert Berichte über Pence's Pläne zum „Ausbooten“ von Trump

Die Medienberichte, laut denen US-Vizepräsident Mike Pence sich auf den Präsidentschaftswahlkampf 2020 vorbereite, sind im Weißen Haus als Fälschungen dementiert worden. Wie die Chefberaterin des US-Präsidenten Donald Trump, Kellyanne Conway, in einem Interview für den US-Nachrichtensender ABC News sagte, ist die Publikation über die Vorbereitung von Pence auf die Teilnahme an der Präsidentschaftswahl 2020 eine totale Fiktion und ein Fake.

„Pence ist ein sehr loyaler, verantwortungsbewusster und höchst effektiver Vizepräsident“, so Conway.

Es sei jedoch „absolut wahr“, dass Pence sich auf die Wahlen 2020 vorbereite, um wieder in sein jetziges Amt gewählt zu werden, so Conway. Und Präsident Donald Trump selbst rechne damit, zwei Amtszeiten im Weißen Haus zu verbringen, ergänzte sie.

„Der Präsident spricht oft öffentlich oder unter vier Augen darüber, dass er hier noch siebeneinhalb Jahre bleiben werde. Er plant zwei Präsidentschaften“, sagte die Chefberaterin. Zuvor hatte die „New York Times“ geschrieben, dass bei den Republikanern der Plan reife, „einen Schatten-Wahlstab“ zur Leitung des Wahlkampfes 2020 zu bilden. Die Urheber dieser Idee sollen davon ausgegangen sein, dass Donald Trump nicht kandidieren werde. Laut Zeitungsquellen sollen einige Berater von Pence den Partei-Sponsoren bereits zu verstehen

gegeben haben, dass Pence an den Wahlen teilzunehmen beabsichtige, sollte Trump auf seine Kandidatur verzichten.

Pence selbst nannte die Berichte über die angebliche Aufstellung seiner Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2020 „unwürdig und beleidigend“. „Die in diesem Artikel enthaltenen Behauptungen sind kategorisch falsch und stellen einen erneuten Versuch von Massenmedien dar, diese Administration zu spalten“, so Pence. (Zitiert nach dem Sender „Voice of America“.)

Trump hat schon mehrmals — während seines Wahlkampfes und nach dem Sieg — führende Massemedien, die mit der Demokratischen Partei sympathisieren, darunter auch die „New York Times“, als Fake-Melder bezeichnet.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31691/87/316918727.jpg>

de.sputniknews.com: USA wollen aus dem INF-Vertrag aussteigen: Russland hat „asymmetrische Antwort“

Russland ist bereit zu einem möglichen Ausstieg der USA aus dem 1987 mit der Sowjetunion geschlossenen INF-Vertrag und will Washington „eine asymmetrische defensive Antwort“ geben, wie die Zeitung „Iswestija“ unter Berufung auf diplomatische Quellen berichtet. „Alles läuft darauf hinaus, dass die Amerikaner aus dem Vertrag aussteigen“, weil sie „zu offen Kurs auf die Zuspitzung genommen haben“.

Die diplomatischen Quellen seien sich aber sicher, dass man nicht in Panik geraten sollte, weil „der Plan, Russland in ein Wettrüsten zu verwickeln, misslingen wird und sich die Verteidigungsfähigkeit des Landes auf einem sehr hohen Niveau befindet“.

Sollte Washington aus dem INF-Vertrag aussteigen, werde Moskau „eine asymmetrische Antwort“ darauf geben, wobei es bestätige, dass das Land über ein hohes Verteidigungspotential verfüge, um den Provokationen und Demarchen aus Übersee zu widerstehen.

Der erste Vize-Vorsitzende des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit im Föderationsrat (Parlamentsoberhaus), Franz Klinzewitsch, ist der Auffassung, dass die amerikanische Medienaktivität um den INF-Vertrag mit der allgemeinen Konzeption einer harten, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Antwort an jene Länder verbunden sei, die nicht mit ihrer Souveränität handeln.

„Die USA brauchen diesen Vertrag nicht mehr. Bei der Formierung der Stationierungsbezirke machen sie eine Würgeschleife, wobei sie versuchen, das Erstarken Russlands nicht

zuzulassen und solche Bedingungen zu schaffen, unter denen sich Russland in ein Anhängsel der USA verwandeln wird“, sagte der russische Senator.

Er betonte dabei, dass man Moskau nicht darin verwickeln könne, weil „das Wettrüsten für uns uninteressant“ sei.

Es gehe nicht um die Menge wie in der Sowjetunion, sondern um die Qualität. Die Qualität der Gewährleistung der Sicherheit sei derzeit ganz anders.

Am Donnerstag hatten die Medien berichtet, dass die USA einen Gesetzentwurf über den Ausstieg aus dem INF-Vertrag vorbereiten würden.

Der INF-Vertrag war 1987 von der Sowjetunion und den USA unterzeichnet worden und 1988 in Kraft getreten. Demnach hatten sich die Seiten verpflichtet, alle ballistischen Raketen mittlerer und kurzer (von 500 bis 5500 Kilometer) Reichweite zu vernichten. Russland und die USA werfen sich gegenseitig vor, gegen den Vertrag zu verstoßen.

Nachmittags:

de.sputniknews.com: Russland will Abhängigkeit von US-Dollar ein für alle Mal kappen
Moskau hat nach Angaben des russischen Vize-Außenministers Sergej Rjabkow am Montag seine Arbeit an dem Abbau der Abhängigkeit des Landes von den US-Zahlungssystemen und dem Dollar als Verrechnungswährung als Antwort auf die neuen antirussischen US-Sanktionen aufgenommen.

„Jetzt wird dies zu einer dringlichen Notwendigkeit“, so Rjabkow.

Am 2. August hatte US-Präsident Donald Trump ein Dokument über neue Sanktionen gegen Russland unterschrieben. Zuvor war dieses Dokument von den beiden Kammern des US-Kongresses gebilligt worden.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die ukrainische Seite hat die Beschüsse des Territoriums der Republik **verstärkt**.

In Richtung Donezk hat der Gegner großkalibrige Artillerie verwendet sowie Mörser und Schusswaffen. Auf **14 Ortschaften** und die umliegenden Gebiete wurden vier Artilleriegeschosse des Kalibers 122mm sowie 145 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 82mm abgeschossen. Am intensivsten war die **Siedlung Oktjabrskij in Donezk** von den Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte betroffen, in der Folge wurden sechs Häuser beschädigt, bei einem von ihnen wurde durch einen direkten Treffer das Dach zerstört. Außerdem haben die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte den **Jasinowataja-Bezirk** intensiv beschossen.

In Richtung Mariupol hat der Gegner auf **zehn Ortschaften** und die umliegenden Gebiete 12 Artilleriegeschosse des Kalibers 152mm und 43 des Kalibers 122mm, 155 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen sowie aktiv Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

In Richtung Gorlowka haben Einheiten der ukrainischen Streitkräfte die Gebiete von **vier Ortschaften** unter Verwendung von vier Artilleriegeschossen des Kalibers 122mm beschossen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden 74 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Bei der Verteidigung der Republik **starb ein Soldat**.

Die militärisch-politische Führung der Ukraine hat nicht vor, von den Plänen zur Vorbereitung und Veröffentlichung von gestellten Videomaterialien Abstand zu nehmen, die darauf

ausgerichtet sind, die Streitkräfte der DVR der Kriegsverbrechen zu beschuldigen, die Führung der Republik in den Augen der Weltöffentlichkeit zu diskreditieren und Bedingungen dafür zu schaffen, dass die Ukraine von der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen abrücken kann. Es gibt auch politische Ziele Kiews, die mit Plänen zur Lieferung amerikanischer Waffen in die Ukraine verbunden sind.

Ich habe bereits von **zwei Provokationen** berichtet, die vom Stab der „ATO“ vorbereitet werden.

Die erste ist der Beschuss von Positionen der 92. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte im **Gebiet von Marjinka** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“, „Smertj“ und „Grad“, um im folgenden Dutzende getötete ukrainische Soldaten und friedliche Menschen zu zeigen. Die zweite Provokation wurde von Spezialoperationskräften sorgfältiger vorbereitet. Sie sieht die Demonstration einer beeindruckenden Zahl von Opfern vor, die angeblich durch Geschosse unserer Artillerie getötet wurden. Dafür wurden zwei Kühlwagen mit menschlichen Leichen nach Krasnogorowka gebracht.

Diese Inszenierungen sollen dazu dienen, Beweise für die Nichterfüllung der Vereinbarungen zur friedlichen Regelung des Konflikts durch die Führung der DVR zu erzeugen. Zum Glück konnten diese verbrecherischen Pläne aufgrund der rechtzeitigen Veröffentlichung bisher nicht in die Tat umgesetzt werden.

Aber gestern wurden auf Anweisung der operativ-taktischen Gruppe „Mariupol“ mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ der 59. Panzergrenadierbrigade unter dem Kommando des Kriegsverbrechers Oberst Wolskij die **Positionen der ungesetzlichen bewaffneten Formation „Rechter Sektor“ in Pischtschewik beschossen**. Diese Aktivitäten hatten auch den Charakter von Provokationen und das Ziel, die Streitkräfte der DVR der Verletzung des Waffenstillstands zu beschuldigen. Ich merke an, dass die Verwendung von Mehrfachraketenwerfern vom von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium aus auch von Vertretern der ukrainischen Gruppe im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination beobachtet wurde.

Direkt nach dem Beschuss im Gebiet von Pischtschewik wurde, angeblich in Erwiderung auf Feuer von Seiten der Streitkräfte der DVR, von den Positionen der 40. Artilleriebrigade unter dem Kommando des Kriegsverbrechers Oberst Pantschenko aus das Feuer auf Saporoshez mit Artilleriegeschützen des Kalibers 152mm eröffnet.

In der Folge dieses Beschusses wurden sieben Häuser beschädigt, **vier zivile Einwohner erlitten psychische Traumata**.

Diese Provokation wurde eine Art von Signal für die Verstärkung der Beschüsse des Territoriums der Republik von Seiten der ukrainischen Streitkräfte entlang der ganzen Kontaktlinie und diente als Grundlage, um im Folgenden die Streitkräfte der Republik zu beschuldigen, dass sie mit Mehrfachraketenwerfern aus dem Gebiet von Schirokino heraus geschossen hätten.

Die ukrainische Seite hat die Absicht, die Fälschungen fortzusetzen. Derzeit verfügen wir über Informationen, dass eine Korrektur zuvor geplanter Aktivitäten vorgenommen wird. In der „ATO“-Zone sind weiterhin einige Filmteams ukrainischer und amerikanischer Fernsehsender aktiv, die bereit sind, sofort in einem vom Stab der „ATO“ genannten Gebiet einzutreffen, um die vom ukrainischen Kommando inszenierten Aktivitäten festzuhalten.

Wir werden eine Befragung von Zeugen durchführen und andere Beweise dafür sammeln, dass die ukrainischen Streitkräfte schwere Waffen unter Bedingungen erfolgter Provokationen verwendet haben. Die Kraft liegt in der Wahrheit und sie muss siegen.

de.sputniknews.com: Darum verlassen Amerikaner Militärbasis At-Tanf – syrische Experten Die USA haben laut inoffiziellen Quellenangaben auf den Militärstützpunkt At-Tanf in Südsyrien verzichtet und verlegen nun ihre Trainingsbasis und die dort stationierten Spezialkräfte auf jordanisches Territorium.

Wie der syrische Militärexperte und Brigadegeneral Ali Maksud gegenüber Sputnik Arabic sagte, sei die Ortslage der Basis At-Tanf, an der die Straßen von Jordanien nach Deir-ez-Zor und Rakka vorbeiführen, für Militäroperationen in diesem Gebiet Syriens besonders wichtig gewesen.

Aber „aufgrund der vereinten Bemühungen der syrischen und der irakischen Armee sowie der Einnahme der strategisch wichtigen Orte Resafa und Kalat al-Resafa hat die Basis At-Tanf an Bedeutung verloren“, so der General.

Der syrische Politologe Talib Ibrahim sagte gegenüber Sputnik Arabic, der Aufenthalt der Amerikaner in At-Tanf oder in einem beliebigen anderen Ort Syriens entbehre der rechtlichen Grundlage. Weder der US-Kongress noch US-Politiker noch die Uno hätten einen entsprechenden Beschluss gefasst. Auch gebe es keine diesbezüglichen Abkommen mit der Regierung Syriens, das ein souveräner Staat sei.

„Diese Sachlage macht einen Zusammenstoß mit der syrischen Armee in Zukunft faktisch unvermeidlich. Deshalb haben US-Analysen beschlossen, ihre Kräfte aus At-Tanf abzuziehen. Höchstwahrscheinlich wird die gleiche Entscheidung in Bezug auf weitere Basen auf dem Staatsgebiet Syriens getroffen werden“, so der Politologe.

Zu den Deeskalationszonen in Syrien sagte Talib Ibrahim: „Das ist ein vorteilhaftes Abkommen für alle, darunter auch für Washington.“ Denn die USA hätten genug Probleme innerhalb des Landes und seien in schwere Konflikte, so beispielsweise am Persischen Golf, verwickelt. Und Trump freue sich nur über eine Ruhepause an der syrischen Front, so der Experte.

Die Deeskalationszonen in Syrien waren dank der Bemühungen der Regierungen Syriens, Russlands und des Iran eingerichtet worden.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt angespannt**, es ist aber eine **Tendenz zur Verringerung** der Zahl der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte zu beobachten.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner das Regime der Feuereinstellung **viermal verletzt**. **Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von Prischib, Shelobok, Frunse und Kalinowo**. Bei den Beschüssen wurden Mörser des Kalibers 120 und 82mm, Schützenpanzer, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet. Insgesamt wurden 40 Geschosse abgeschossen.

Die militärische Führung der Ukraine verletzt weiter die Minsker Vereinbarungen und stationiert Waffen und Militärtechnik in der Nähe der Kontaktlinie.

Im Gebiet von Nowoalexandrowka haben wir Positionen von zwei Mörserbatterien des Kalibers 120 und 82mm entdeckt. In Krymskoje wurden ausgerüstete Positionen entdeckt, auf denen eine Mörserbatterie und ein Unterstand mit einem Schützenpanzer entdeckt wurden. Der moralisch-psychische Zustand des Personals der 10. Gebirgstruppenbrigade der ukrainischen Streitkräfte, die zur Ablösung der 24. Brigade eingetroffen ist, kann als äußerst niedrig charakterisiert werden.

Alle Versuche des Kommandos der „ATO“, die Disziplin wiederherzustellen, haben bisher nicht die nötigen Ergebnisse gebracht.

Ein weiterer Fall von eigenmächtigem Verlassen der Frontpositionen wurde am 1. August 2017 festgestellt.

Soldaten einer Abteilung der 10. Gebirgstruppenbrigade haben beschlossen, vollständig die vorderste Verteidigungslinie zu verlassen, um gegen Handlungen ihrer Kommandeure zu protestieren. Der Konflikt war auf einem Zugstützpunkt entstanden, wo der Kommandeur des Zugs mit einem Gewehr dem Kommandeur der aufbegehrenden Abteilung, der seine Waffe zurückgelassen hatte, in den Rücken schoss, um das Personal zurückzuhalten.

Der Offizier versuchte vom Ort des Geschehens zu fliehen, wurde aber vom militärischen Rechtsordnungsdienst festgenommen. Er wurde in Solotoje beim Versuch, ein Geschäft auszurauben, festgenommen, in stark betrunkenem Zustand schlug er die Tür ein, versetzte der Verkäuferin einen Schlag und versuche eine gewisse Menge an alkoholischen Getränken mitzunehmen

Während der Festnahme durch die Polizei war der Soldat nicht einmal in der Lage, Widerstand zu leisten, sondern ergab sich.

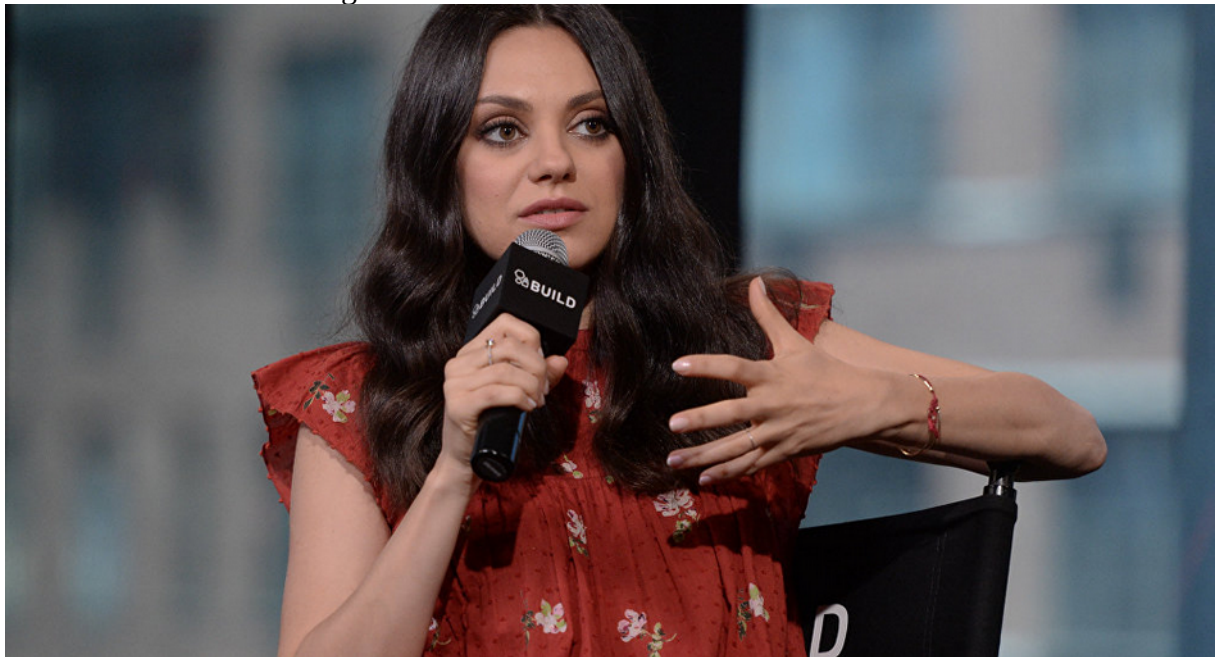
de.sputniknews.com: Heimatbesuch in Ukraine: Mila Kunis will „Muttersprache Russisch“ sprechen

Die in der Westukraine geborene Hollywood-Schauspielerin Mila Kunis, die seit über 25 Jahren in Amerika lebt, ist mit ihrem Ehemann Ashton Kutcher in ihre Heimatstadt Tscherniwzi gereist. Dort soll die Frau darauf bestanden haben, kein Englisch zu sprechen, sondern Russisch. Diese Sprache bezeichnete Kunis als ihre Muttersprache.

In Tscherniwzi wurde das Hollywood-Paar Medienberichten zufolge von einem ukrainischen Regisseur empfangen, der sie durch die Stadt führte. Zuerst seien die Gespräche auf Englisch verlaufen, dann aber habe Kunis gebeten, Russisch zu sprechen.

„Ich bin zu Hause und will meine Muttersprache sprechen“, sagte sie.

Mila Kunis wurde im Jahr 1983 im westukrainischen Tscherniwzi geboren. 1991 zog sie mit ihrer Familie nach Los Angeles.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31692/74/316927456.jpg>

de.sputniknews.com: Mutter des ermordeten Journalisten Oles Buzina verklagt Ukraine bei EGMR

Die Mutter des in Kiew vor zwei Jahren ermordeten Journalisten Oles Buzina hat sich mit einer Klage gegen die Ukraine an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg gewandt. Dies teilt ihr Anwalt Renat Kusmin auf seinem Facebook-Account mit.

„Die Verhöhnung von Valentina Buzina, der Mutter des in Kiew ermordeten Journalisten Oles Buzina, durch die ukrainischen Behörden hat die Geschädigte gezwungen, sich mit einer Klage gegen den Staat Ukraine an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu wenden“, schreibt der Jurist. Ihm zufolge sei die Frau weder auf Verständnis noch auf Mitgefühl seitens der Behörden gestoßen, „der Generalstaatsanwalt, der Vorsitzende des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) und der Präsident haben es sogar abgelehnt, sie zu

empfangen“.

Kusmin vermutet, dass der Vertreter der Ukraine im EGMR versuchen werde, die Prüfung dieses Falls zu blockieren, und dass der Grenzdienst die Anwälte nicht nach Straßburg reisen lassen werde.

„Doch das alles hat für uns keinerlei Bedeutung. Wir werden zur Teilnahme an diesem Fall führende europäische Experten für Menschenrechte und die besten europäischen Juristen einschalten, welche die ukrainische Macht weder wird festnehmen noch einschüchtern noch diskreditieren können“, so Kusmin. Er versprach zudem, die Öffentlichkeit über den Fall auf dem Laufenden zu halten

Oles Buzina, ein ukrainischer Schriftsteller (er ist Autor von sieben Aufsehen erregenden Büchern), Journalist und TV-Moderator, war am 16. April 2015 von zwei Unbekannten vor seinem Haus in Kiew erschossen worden. Die Tatverdächtigen waren Ende 2015 aus der Untersuchungshaft entlassen und unter Hausarrest gestellt worden.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben fast das gesamte Territorium an den Zugängen zur Ortschaft Nowotoschkowskoje im Popasnaja-Bezirk vermint. Dies teilte der Pressedienst des Innenministeriums der LVR mit Bezug auf einen Einwohner der Ortschaft mit.

„Am 7. August 2017 rief ein Einwohner von Nowotoschkowskoje im Popasnaja-Bezirk des „Lugansker Oblast“ an. Der Mann teilt mit, dass die ukrainischen Streitkräfte fast das gesamte Territorium um die Ortschaft vermint haben. Nach den Worten des Anrufers findet im Gebiet ihrer Ortschaft eine häufige Rotation von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte statt. Jedes Mal installieren die Eintreffenden ihres Minen zusätzlich zu den schon vorhandenen, Karten von Minenfeldern gibt es aller Wahrscheinlichkeit nach nicht“, teilte das Ministerium mit.

„Der Mann teilte auch mit, dass die Einwohner faktisch von der äußeren Welt abgeschnitten sind – nur eine Straße aus dem Ort heraus kann befahren werden, wenn man nicht auf Minenfelder geraten will, sie haben Angst, das Vieh außerhalb des Dorfes weiden zu lassen“, teilte die Behörde mit.

„Der Anrufer berichtete, dass Mitte Juli im Verlauf einer Patrouille des umliegenden Territoriums eine Gruppe von Soldaten der 58. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf eine Minensperre geriet“, teilte das Ministerium mit. In der Folge starben drei Kiewer Soldaten.

„Doch selbst nach diesem Vorfall hat das Kommando der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte, die im Gebiet von Nowotoschkowskoje stationiert sind, keine Versuche gemacht, eine Entminung vorzunehmen“, stellte das Innenministerium der LVR fest.

de.sputniknews.com: In nur sechs Monaten: Mehr als 40 gewalttätige Angriffe auf ukrainische Journalisten

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres sind mehr als 40 Fälle der Verprügelung ukrainischer Medienmitarbeiter fixiert worden, teilte der Nationale Journalisten-Verband der Ukraine am Montag mit. Dabei prahlte Präsident Petro Poroschenko damit, dass er die professionelle Arbeit der Medien schützen werde.

„An friedlichen Orten sind die Journalisten nicht dagegen abgesichert, dass während der Ausübung ihrer professionellen Pflichten gegen sie physische Aggression angewandt wird. Unseren Daten zufolge gab es allein im ersten Halbjahr dieses Jahres mehr als 40 Fälle der Verprügelung von Journalisten und der Anwendung von Gewalt gegen Journalisten“, sagte ein Verbandsvertreter.

Dabei gelinge es den meisten Angreifern, einer Strafe zu entgehen. Auch aus diesem Grund setzten sich solche Situationen fort. Allein im Juli seien sieben Fälle von Attacken auf ukrainische Journalisten fixiert worden.

Ukrinform.ua: Grenzschutz will 2017 500 Millionen Hrywnja für Mauerbau ausgeben
Der ukrainische Grenzschutzdienst plant, im laufenden Jahr 500 Millionen Hrywnja in den Bau einer Mauer an der Grenze zu Russland zu investieren.

Das erklärte der neue Chef des Grenzschutzes, Petro Tsygalka, meldet die Pressestelle des Innenministeriums der Ukraine. „2015-2016 haben wir 600 Millionen Hrywnja erhalten, das ist etwa 15 Prozent vom Bedarf. Geplant wurden für diesen Zeitraum schon 2,194 Milliarden Hrywnja. 2017 wurden für das Vorhaben 200 Millionen Hrywnja bereitgestellt, nach Änderungen im Haushalt gibt es zusätzlich noch 300 Millionen. Insgesamt erwarten wir dieses Jahr 500 Millionen Hrywnja, das macht 55 Prozent der notwendigen Finanzierung nur für das laufende Jahr aus“, erklärte Tsygalka. Nach seinen Worten seien bereits 274,6 Kilometer der Panzerabwehrgräben gegraben, 47,1 Kilometer der Kontrollstreifen, 84 Kilometer des Stacheldrahtzauns, 179,9 Kilometer der Straßen gebaut worden.

de.sputniknews.com: Neue russische Bahnstrecke unter Umgehung der Ukraine eröffnet
Die neue Bahnstrecke zwischen zwei russischen Städten unter Umgehung ukrainischen Territoriums ist in Betrieb genommen worden, wie russische Medien unter Berufung auf eine mit der Situation vertraute Quelle berichten.

Der Abschnitt von der Eisenbahnstation Schurawka, Gebiet Woronesch, bis zur Stadt Millerowo, Gebiet Rostow, soll eröffnet worden sein.

„Damit kann man sagen, dass diese zweigleisige elektrifizierte Eisenbahn in Betrieb genommen wurde, die unter Umgehung der Ukraine gebaut worden war“, so die Quelle.

Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu gratulierte Medienberichten zufolge den Militärs der Eisenbahntruppen. Die 39. Brigade hatte den Abschnitt gebaut, der die Süd- und Zentralregionen Russlands abseits der Ukraine verbindet.

Die Gesamtlänge der Eisenbahnstrecke beträgt über 270 Kilometer, 177 davon wurden von Soldaten und die restlichen von Eisenbahnern gebaut.

Die Entscheidung zum Bau einer Eisenbahn-Verbindung für russische Züge abseits der Ukraine wurde im Jahr 2015 getroffen. Im November letzten Jahres hatte der russische Vizeverteidigungsminister Dmitri Bulgakow betont, dass die Arbeiten zum Bau der Umleitung früher als geplant beendet würden.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31692/86/316928625.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: Dezentralisierung: Gesandter aus Berlin ab September in Ukraine tätig – Vize-Premier

Ein Gesandter der deutschen Bundesregierung zu Fragen der Dezentralisierung wird im September seine Arbeit in der Ukraine aufnehmen. Dies teilte am Montag der ukrainische Vize-Premierminister Gennadi Subko auf Facebook mit.

„Die Dezentralisierungsreform ist heute eine der erfolgreichsten und hat bereits finanzielle und materielle Ergebnisse gezeigt. Die Reform wurde von der EU in den höchsten Tönen gelobt, darunter auch von Deutschland, mit dessen Unterstützung in der Ukraine viele Projekte umgesetzt werden. Die Delegation eines Gesandten von der deutschen Regierung zu Dezentralisierungsfragen ist ein weiterer Beweis des Reformerfolgs“, so Subko.

Zuvor hatten Medien berichtet, dass EU-Experten empfohlen hätten, die Finanzierung der ukrainischen Regierung zu stoppen, weil diese ihren Versprechungen nicht gerecht geworden sei.

Ukrinform.ua: Regierungschef Hrojsman: Keine Erhöhung des Rentenalters

Die Rentenreform sieht transparente und gleiche Bedingungen für den Renteneintritt vor. Das schrieb der Regierungschef der Ukraine, Wolodymyr Hrojsman, auf Facebook. „Wir werden faire, absolut transparente und für alle gleiche Regeln für den Renteneintritt festlegen. Wir werden das Defizit des Rentenfonds liquidieren, um Ressourcen für eine weitere Rentenerhöhung zu gewährleisten“, betonte er. Ziel der Reform sei auch die Wiederherstellung der sozialen Gerechtigkeit für Senioren und eine Möglichkeit, ein würdiges Alter für die heutige Jugend zu gewährleisten. Hrojsman bedankte sich bei den Parlamentsabgeordneten, die den Gesetzentwurf über die Rentenreform in der ersten Lesung unterstützten. Er habe bei der Abstimmung versprochen, die Reform gemeinsam zu verbessern. „Wir sind für alle konstruktiven Vorschläge bereit“, so der Premier. Nach den Worten von Hrojsman könne die Regierung von einigen Grundprinzipien unter keinen Umständen abrücken. „Die Reform wird ohne Erhöhung des Rentenalters durchgeführt. Ab Oktober werden die Renten für 9 Millionen Menschen steigen und eine unfaire Steuer für beschäftigte Rentner wird abgeschafft werden.“

de.sputniknews.com: DSDS-Jury ohne Scooter-Frontmann? - RTL reagiert auf Aufruf ukrainischen Botschafters

Der TV-Sender RTL, der die Show „Deutschland sucht den Superstar“ (DSDS) mit Jurymitglied H. P. Baxxter ausstrahlt, hat auf den Aufruf des ukrainischen Botschafters in Berlin Andrej Melnik, Strafmaßnahmen gegenüber dem Frontmann der Electro-Band Scooter zu ergreifen, geantwortet.

„Die Auswahl und Organisation seiner Auftritte als Musiker ist ausschließliche Angelegenheit von HP Baxter bzw. dessen Management. Wir kommentieren diese daher nicht“, heißt es in dem diesbezüglichen Schreiben.

Zuvor hatte der ukrainische Botschafter in Berlin, Andrej Melnik, via Twitter die Produzenten der Show „Deutschland sucht den Superstar“ (DSDS) aufgerufen, den Scooter-Frontmann wegen dessen Krim-Besuchs von der Jury auszuschließen.

Wie berichtet wurde, hat die Ukraine nach dem Auftritt der Gruppe ein Strafverfahren gegen die Musiker wegen des Krim-Besuchs eingeleitet. Den Deutschen drohen nun acht Jahre Haft wegen der Verletzung der Einreiseregeln für Ausländer.

Die deutsche Band Scooter war am 4. August im Rahmen des Festivals ZBFest in Balaklawa

aufgetreten. Frontmann H.P. Baxxter versprach nach dem Konzert, auf die Krim zurückzukommen. Wie er zuvor mitgeteilt hatte, reist seine Band nicht auf die Krim, um Politik zu machen, sondern weil sie dort viele Fans habe.

Gefunden auf der Facebook-Seite der Russischen Botschaft in Deutschland: Krim: Deutsche loben Scooter für den Mut

Nach seinem Konzert auf der Krim erntet Scooter das Lob der deutschen Fangemeinde auf der Halbinsel. Die deutsche Techno-Band war am Freitag - trotz Drohungen aus der Ukraine - auf einem Festival in Balaklawa aufgetreten. Weil sie ohne Erlaubnis aus Kiew eingeflogen sind, drohen dem Frontmann und seiner Band in der Ukraine bis zu acht Jahren Haft.

„Alle deutschen Bürger, die auf die Krim kommen, sind sehr mutig“, sagte Juri Hempel, Vorsitzender der Deutschen National- und Kulturautonomie der Krim, am Montag. „Denn sie wissen bestimmt, wie die ukrainischen Behörden darauf reagieren werden. Auch wissen sie über die Reisewarnungen des Berliner Auswärtigen Amtes Bescheid.“

Die Reaktion der Kiewer Behörden, die gegen die Musiker ein Strafverfahren „wegen illegaler Einreise“ einleiteten, bezeichnete Hempel als nicht „angemessen“. Nach seiner Einschätzung betrachten die meisten Deutschen die Krim als einen festen Bestandteil der Russischen Föderation. „Niemand darf die Freundschaft zwischen unseren Völkern verbieten.“